

Liebe Friedensfreundinnen und Freunde,

die Situation im Nahen Osten hat sich zu Beginn des neuen Jahres dramatisch verschärft. Durch die völkerrechtswidrige Tötung des iranischen Generals Soleimani mit einer US-Drohne wurde der Konflikt zwischen den USA und dem Iran drastisch angeheizt. Und seit heute ist klar, dass diese Eskalation auch zum Abschuss der ukrainischen Verkehrsmaschine durch die iranische Flugabwehr und zum Tod von 176 Menschen geführt hat. Es ist eine Situation entstanden, die die gesamte, hoch sensible Region in einen neuen, schrecklichen Krieg reißen kann, der die bisherigen dort weit in den Schatten stellen würde. Erneut hat sich die US-Regierung angemaßt, außerhalb aller rechtlichen Standards über Leben und Tod einzelner Menschen zu entscheiden. Egal für welche Taten dieser iranischer General möglicherweise verantwortlich war, rechtfertigt dies nicht seine außergerichtliche Ermordung. Es ist eine zivilisatorische Errungenschaft, dass die Schuld einzelner Menschen bewiesen werden muss und über eine nachfolgende Strafe vor Gericht entschieden wird. Dieses Prinzip wird in den letzten Jahren zunehmen in Frage gestellt, wenn es um Terroristen und als solche bezeichnete Menschen geht. Dass in diesem Fall ein wichtiger Vertreter eines Staates das Opfer war, stellt eine weitere Eskalation dieser Entwicklung dar. Dies kommt einer indirekten Kriegserklärung gleich. Umso erschreckender ist, dass eine öffentliche Verurteilung durch die westlichen Staaten, die sich doch als Hüter von Recht und Demokratie verstehenden, ausblieb. Auch von unserer Regierung war hier nur Schweigen zu vernehmen. Empört gab man sich aber dann, als der Iran auf diese quasi Kriegserklärung mit Raketen auf US-Stellungen antwortete. **Diese auch von der Bundesregierung vertretene Politik kann man nur als verlogen bezeichnen!**

Worum geht es in dem Konflikt? Die USA wollen sich mit einem eigenständigen, handlungsfähigen Staat Iran in der ölreichen Nahost-Region nicht abfinden. Daher nehmen sie auf das Völkerrecht keine Rücksicht und schrecken auch vor Mordaktionen nicht zurück. Ihre selbstherrliche, internationale Vereinbarungen ignorierende Haltung wurde auch daran deutlich, dass sie in dieser Woche dem iranischen Außenminister die Einreise zum UNO Sicherheitsrat nach New York verweigerte. Zu all dem kein Widerspruch, keine Kritik der westlichen Staaten. Nicht die USA werden wegen ihrer rechtswidrigen Provokation an den Pranger gestellt, nein, der Iran wird für seine Gegenwehr verurteilt. Damit verspielen auch die europäischen Staaten, auch Deutschland die Reste von Glaubwürdigkeit in der Welt. **Wir fordern von der Bundesregierung eine deutliche Verurteilung der Ermordung des iranischen Generals Soleimani!**

Auch an den Iran geht die Forderung, den Abschuss des Verkehrsflugzeuge umfassend aufzuklären. Auch die Frage, warum in dieser angespannten Situation überhaupt noch Zivilflugzeuge in der Luft waren, gilt es zu klären.

Was haben wir in Deutschland mit all dem zu tun? Experten gehen davon aus, dass der mörderische Drohnenangriff über die US- Relaisstation Ramstein in der Pfalz gelaufen ist. Die Drohnenpiloten sitzen in den USA, aus technischen Gründen müssen die Datensignale aber in Europa umgesetzt werden, das geschieht in Ramstein. Damit unterstützt Deutschland die völkerrechtswidrigen Drohnenangriffe, wie jetzt auch den gegen den iranischen General. Ein Mitglied meiner Organisation hat jetzt bei der Generalstaatsanwaltschaft Strafanzeige gegen die Bundesregierung gestellt. Damit soll geprüft werden, ob der Angriff über Ramstein koordiniert wurde und damit Völkerrecht und deutsches Recht gebrochen wurde. In einer ersten Erklärung weißt die Bundesregierung alle Schuld von sich. Doch damit geben wir uns nicht zufrieden. **Wir fordern, den US-Stützpunkt Ramstein endlich zu schließen!**

Die heuchlerische Position der Bundesregierung wird auch an ihrer Haltung zur Stationierung deutscher Soldaten im Irak deutlich. Diese Ausbildungsmission hatte von vorneherein nur die Funktion, deutsche Interessen in der Region zu wahren. Jetzt sträubt sich das Verteidigungs- aber auch das Außenministerium mit Händen und Füßen, dem Beschluss des irakischen Parlaments Folge zu leisten und die Soldaten abzuziehen. Mal wieder muss der IS hier als Begründung erhalten. Geht es wirklich darum? Wir als Friedensgesellschaft sind der Meinung, dass der IS nicht militärisch zerschlagen werden kann. Wenn es der Bundesregierung aber wirklich um den IS ginge,

hätte sie im letzten Jahr energisch gegen die türkischen Angriffe auf die Kurden in Nordsyrien protestieren müssen, da diese doch einen Hauptanteil am militärischen Vorgehen gegen den IS hatten. Auch hier ist also die Haltung unserer Regierung doppelzünftig. Sie riskiert, dass auch unser Land in einen heißen Krieg mit dem Iran hineingezogen wird. **Wir fordern daher den sofortigen Abzug der deutschen Soldaten aus dem Irak und der ganzen Region.**

Schon mit dem Ausstieg aus dem Atomvertrag mit dem Iran 2018 hat die US-Regierung den Konflikt unnötig verschärft. Obwohl die EU mit diesem Ausstieg nicht glücklich ist, traut sie sich nicht, den USA in dieser Frage offen entgegenzutreten. Alle Bekenntnisse, man stehe zu dem Vertrag, werden dadurch unterlaufen, dass man keine wirksamen Maßnahmen zum Schutz der iranischen Bevölkerung vor den Folgen des US-Wirtschaftsboykotts unternimmt. Im Gegenteil wird von EU-Seite der Iran gerügt, weil er sich in dieser Situation schrittweise aus den Vertragsverpflichtungen zurückzieht. Der Atomvertrag war ein gelungener Versuch, durch Verhandlungen den Nahen Osten ein Stück friedlicher zu machen. Deutschland und die EU stehen weiter in der Pflicht, wirksame Initiativen ergreifen, diesen Vertrag zu retten. **Und wir gehen darüber hinaus und fordern Verhandlungen über einen gesamten atomwaffenfreien Nahen Osten, unter Einschluss Israels und Saudi-Arabiens!**

Noch ist offen, ob sich die Eskalation begrenzen lässt oder ob sich die Lage weiter zuspitzt. Doch klar ist, nicht nur die Flugzeuginsassen sind Opfer geworden, es ist auch viel an politischem Porzellan zerschlagen wurde. Die Opposition im Iran, die mehr Demokratie will, ist durch den Angriff der USA sicherlich nicht gestärkt worden, ganz im Gegenteil. Auch die Kräfte im Iran, die an dem Atomwaffenvertrag festhalten wollen, sind geschwächt. „Seht her,“ wird man ihnen vorhalten, „obwohl wir keine Atomwaffen haben, werden wir angegriffen. Daher brauchen wir Atomwaffen, als Mittel der Abschreckung.“ Und auch im Irak, wo ja der Angriff auf Soleimani durchgeführt wurde, treten die innenpolitischen Probleme nun in den Hintergrund. Dort hat es in den letzten Monaten große Demonstrationen gegen die Regierung gegeben, die nicht in der Lage ist, die Lebensbedingungen alle Teile der Bevölkerung erträglich zu gestalten. Diese Demonstrationen sind jetzt beendet, nun gibt es stattdessen Konflikte zwischen iran-freundlichen und iran-kritischen Bevölkerungsteilen. All das sind Folgen der aktuellen US-Nahostpolitik.

Die Politik der US-Regierungen der letzten Jahrzehnte hat mit ihrer Kriegsführung den Nahen und Mittleren Osten in weiten Teilen verwüstet, Staaten zerschlagen und Millionen Menschenleben gefordert. Heute finden dort Stellvertreterkriege statt, sind mit Russland und der Türkei weitere Militärmächte aktiv. Saudi-Arabien und Iran konkurrieren um die regionale Vorherrschaft. Was kann man tun? Die EU hätte hier die Möglichkeit, als Moderator einzugreifen, Verhandlungen z.B. einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten anzuregen und zu unterstützen. Sie könnte die Rüstungsexporte in die Region beenden, die einen großen Teil der genutzten Waffen ausmachen. Noch wäre das alles möglich, doch dann müsste die EU der Politik von Macron und Merkel sowie von der Leyen widersprechen, die selber militärische Großmachtpolitik betreiben wollen. **Wir wollen eine zivile EU, die dann als vertrauenswürdige Macht in Konflikten vermitteln kann!**

Im Moment besteht die Hoffnung, dass die Eskalation im Iran-Konflikt nicht weiter voranschreitet. Der Tod der Insassen der Verkehrsmaschine sind allerdings schon Opfer zu viel. Den Menschen im Iran und im Irak ist eine Beruhigung der Lage zu wünschen, denn sie wären die Hauptopfer eines heißen Krieges. Wir als Friedensbewegung erheben unsere Stimme für diese Menschen und sagen nein zu einem Krieg gegen den Iran. Wir sehen uns dabei unterstützt auch von Friedensgruppen in den USA, die in diesen Tagen gegen die Politik ihrer Regierung protestiert haben. Der Nahe Osten braucht Frieden, die Menschen brauchen Frieden, um ihr Leben zu gestalten, ihre Länder zu entwickeln und zu demokratisieren. **Helfen wir ihnen, indem wir Druck auf unsere Regierung machen, sich der Kriegspolitik der USA entgegenzustellen!**